

Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, des Genossen Walter Ulbricht, sowie die Arbeiter führender Juristen der Deutschen Demokratischen Republik wohlbekannt. Wir meinen, daß in der Entwicklung der sozialistischen Theorie und Praxis des Staatsaufbaus die neue Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik einen gewaltigen Schritt voran darstellt, und beglückwünschen unsere deutschen Freunde zu diesem Erfolg von ganzem Herzen.

Die gründliche Analyse und Propagierung der wichtigsten Bestimmungen der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, das theoretische Durchdenken der Ideen, die in diesem hervorragenden Dokument niedergelegt sind, ist nicht nur Aufgabe unserer deutschen Freunde; das ist die gemeinsame Aufgabe aller marxistischen Juristen der sozialistischen Länder. Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik ist eine wichtige Waffe in unserem unversöhnlichen Kampf gegen die bürgerliche Rechtsideologie, gegen den Reformismus und Revisionismus in den Fragen des Staates und des Rechts.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war ein Wendepunkt in der Geschichte nicht nur des deutschen Volkes, sondern ganz Europas. Erstmals entstand im Herzen Europas ein friedliebender deutscher Staat, der nicht nur konsequent eine friedliebende Außenpolitik betreibt, die von den Prinzipien des Potsdamer Abkommens ausgeht, sondern der auch der Vorposten der Kräfte des Friedens in Europa ist, der den aggressivsten Kräften unseres Kontinents, den Kräften des westdeutschen Revanchismus und Militarismus, unmittelbar gegenübersteht.

Viele kapitalistische Staaten lehnen bisher die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik ab und fördern damit die dem europäischen Frieden feindlichen Versuche Bonn's, die Existenz des sozialistischen deutschen Staates zu ignorieren. Die westdeutsche Kiesinger-Regierung, die eine „neue Ostpolitik“ verkündet hat, die im Grunde genommen den Übergang von offenen Forderungen, die Deutsche Demokratische Republik zu annektieren, zu dem Kurs bedeutet, die sozialistischen Grundfesten der Deutschen Demokratischen Republik von innen zu unterhöhlen, erklärt ihr Einverständnis, politische Kontakte zur Deutschen Demokratischen Republik herzustellen, jedoch unter der Bedingung der Nichtanerkennung. Auch bei den meisten anderen kapitalistischen Staaten hat sich die Politik in dieser Frage wenig geändert. Es ist zwar absurd, aber eine Tatsache, daß an der Schwelle des 20. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik die kapitalistische Welt weiter die Position der Nichtanerkennung der Deutschen Demokratischen Republik einnimmt.

Ebenso absurd sind die Aufforderungen der westdeutschen Revanchisten zur Revision der westlichen Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik. Die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik haben nicht nur nationale, sondern auch internationale Bedeutung; sie sind Grenzen des Friedens, die Trennungslinie zwischen Sozialismus und Imperialismus. Am Schutz der Grenzen der Deut-